

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20, durch andere Bezugsstellen zugewogen in der Stadt monatlich 22, auf dem Lande 24, durch die Post bezogen vierteljährlich 60, mit Zehnfachgebühren. Alle Postgebühren und Postkosten sowie anderer Natur sind zu bezahlen. In den Fällen, in denen die Postgebühren nicht einbezahlt werden, ist der Besteller verpflichtet, die Postgebühren selbst zu bezahlen. In den Fällen, in denen die Postgebühren nicht einbezahlt werden, ist der Besteller verpflichtet, die Postgebühren selbst zu bezahlen.



Interaktionspreis 20, für die 6 getragenen Kopysätze oder deren Raum, Kassen, die 2 getragenen Kopysätze 20. Ziel Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Zielanmeldungen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die 2 getragenen Kopysätze 20, Nachvollzugsgebühren 50 Pf. Anzeigenannahme bis 17 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernimmt keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis erstreckt sich auf den Betrag, der durch die Anzeigen eingezogen werden muß oder der durch den Anzeigengeber in Rechnung gestellt wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 194

Sonntag den 20. August 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, die Strompreise wie folgt zu erhöhen:
vom 1. Juli 1922 an
Lichtstrom 13 Mk. und Kraftstrom 10 Mk. für die Kilowattstunde;
vom 1. August 1922 an
Kraftstrom 12 Mk. für die Kilowattstunde.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß durch die anhaltend weiter steigenden Rohpreise sich eine neue Erhöhung der Bezugspreise für Licht- und Kraftstrom für den Monat September d. J. erforderlich macht. Die Höhe des Septemberpreises kann jetzt noch nicht bestimmt werden.

Wilsdruff, am 18. August 1922.

Der Stadtrat.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der 6. Nachtrag zum Regulatorium über die Verwaltung des Elektrizitätswerks der Stadt Wilsdruff genehmigt worden ist. Der Wortlaut desselben liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang im Verwaltungsgedäude, Zimmer 14 aus.

Wilsdruff, am 18. August 1922.

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reparationskommission will zwei Vertreter nach Berlin senden, um mit der deutschen Regierung vor einer Entscheidung in der Reparationsfrage Rücksprache zu nehmen.
- * Die Alliierten teilen in einer Note mit, daß die noch nicht bezahlten 30 Millionen der letzten Ausgleichsrate bis zum 15. September gefordert werden.
- * Reichspräsident Ebert eröffnete die Hamburger Arbeitsschicht mit einer bedeutsamen Rede.
- * Zwischen Berlin und München sind neue Verhandlungen zur Beilegung des Streites um die Schutzgesetz im Gange.
- * In Londoner politischen Kreisen rechnet man für den Herbst mit einer Weltfinanzkonferenz unter Teilnahme Deutschlands und Amerikas.

Der kommende Winter.

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben: Der kommende Winter wird — so sieht zu befürchten — der härteste und dunkelste sein, der Deutschland beschieden war. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit, unerschwingliche Preise für Lebensmittel und Heizstoffe, allgemeine Mangelzustände lauern am Beginn dieses Winters. Es sieht so aus, als ob die Preise der Valutaentwertung voraussehen wollen: schon jetzt sind viele Preise, so die für Eisen, Holz und Viehfleischgegenstände, weit stärker gestiegen, als es der Marktentwertung entsprechen würde. Dazu kommt, daß eine starke Erhöhung der Wohnungsmieten, wahrscheinlich eine Verknappung, in den Großstädten bevorsteht. Sie wird die Verelendung beschleunigen und verschärfen.

Mit einem Gemisch aus Grausen und Verzweiflung verfolgen alle Kreise unseres Volkes, insbesondere aber die Wirtschaftskreise, den anscheinend unaufhaltsamen Sturz der Mark. Die Mark ist als internationales Zahlungsmittel tot. Noch wird ihr Kurs an den internationalen Börsen notiert, aber das Ausland wirft seine Marknotenpapiere immer von neuem in wilder Hast auf die Märkte. Wir müssen mit der furchtbaren Möglichkeit rechnen, daß das Ausland schließlich die Mark überhaupt nicht als Zahlungsmittel annimmt. Das würde bedeuten, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sein würde, die notwendigen industriellen Rohstoffe und die zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel im Ausland zu kaufen. Schon jetzt haben zahlreiche Textilfabriken sich zu Betriebsbeschränkungen gezwungen gesehen, weil der jetzige Dollarkurs einen Rohstoffkauf unmöglich macht. Die Unsicherheit der außen- und innenpolitischen Lage, die Furcht vor gewalttätigen Frankreichs auch gegen private deutsche Industrieunternehmen, sowie die Kreditnot, die durch die neue Preiserhöhungswelle noch verschärft wird, — alle diese Momente rufen eine Lähmung der Unternehmungskraft hervor. Jede Kalkulation wird unmöglich und die Neigung zu Betriebsbeschränkungen nimmt überall zu. Naturgemäß wird dadurch die Warenknappheit verschärft und die Preise springen immer weiter, zumal das Ausland wieder einmal einen „Ausverkauf Deutschlands“ vornimmt.

Im Inland geht die Konsumkraft infolge der anhaltenden Preiserhöhungen immer weiter zurück. Vorerst wird dieser Rückgang der inländischen Kaufkraft noch durch Samstagskäufe verdeckt, aber sehr bald wird dieses Erlahmen der Kaufkraft deutlich in Erscheinung treten, zumal neue Steuern und neue Steuererhöhungen immer größere Kreise des Volkes in die Unmöglichkeit versetzen werden, über den allernotwendigsten Bedarf hinaus Käufe vorzunehmen. Diese neuen Steuern werden nicht ausbleiben, da der neue Marksturz das Budget des Staates und der Kommunen in neue Verwirrung stürzen muß. Aber auch die Ausfuhr wird unter der allgemeinen Unsicherheit leiden. Die Erhöhungen im Rohstoffbezug und die Verteuerung der Produktionskosten werden bewirken, daß die Exportchancen, die zunächst sich bei einem scharfen Rückgang der Mark erweitern, sehr bald dahinschwinden. Auch in den Exportindustrien könnten Betriebsbeschränkungen und damit Arbeiterentlassungen nicht ausbleiben. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht Deutschland mit all seinen unübersehbaren Folgen innerpolitischer Natur.

Der Ausblick in die nahe Zukunft ist trüb und hofflos.

Marksturz, Lohnhöhe, Warenpreise.

Unaufhaltsam eilt die Mark dem Rußpunkt zu, ebenso unaufhaltsam schrauben sich die Preise in Deutschland für alle Lebensnotwendigkeiten in die Höhe. Teilweise sind die Preise selbst über die Weltmarktpreise hinausgeschossen, und ein Einhalten ist vorläufig nicht voranzusehen. Was aber alle ernsthaften Beurteiler, ganz gleich, zu welcher politischen Richtung sie sich bekennen, als unüberwindlich im Gefolge dieser katastrophalen Erscheinung heranziehen sehen, das sind die schwersten Kämpfe um Lohn- und Gehälter, die zweifellos in den meisten Fällen weit hinter den mit Galoppgeschwindigkeit davonrasenden Preisen zurückbleiben, ohne daß dafür, wenigstens was die einheimische Produktion anbelangt, immer eine genügende Rechtfertigung gegeben werden kann. Eine solche Entwertung ist nicht allein ungesund, sie beschwört auch die tiefsten Gefahren für die innere Ruhe und die gesamte Wirtschaftssicherheit herauf.

So stellt auch die Deutsche Allgemeine Zeitung, das der Deutschen Volkspartei und der Großindustrie nahe-standende Organ, fest, daß sich die durch das ruhmlose Metern der Preise verursachte Not bereits bis auf wenige beneidenswerte Schichten der Bevölkerung auf den größten Teil aller wertvollen Kreise erstreckt. Es sei begreiflich, daß sich der gesamten Bevölkerung eine schwere Sorge für die nächste Zukunft bemächtigt habe, und die Wünsche nach menschenwürdiger Lebensführung verdichten sich von Tag zu Tag. Aber es wäre zu behaupten, wenn diese Sorge in eine Panikstimmung ausarten würde. Noch sei nicht alle Hoffnung verloren, daß Mittel und Wege gefunden werden, um das Schwerkett von unserem hartgeprüften Volke abzuwehren. Das Blatt sagt schließlich: Wir haben stets zu erlernen gegeben, daß wir für die Not jeglicher Klassen ein gleiches Verständnis besitzen. Zu wünschen ist, daß es gelingen möge, mit allen Mitteln der Not der schwer bedrängten Bevölkerungsschichten zu steuern, dabei aber Störungen der Ruhe, die unser dankverliehenes Vaterland vollends in den Abgrund stürzen würden, zu vermeiden.

Das demokratische Berliner Tageblatt schreibt nach einer Schilderung der manchmal von Stunde zu Stunde steigenden Preiserhöhungswelle, immer, wenn man sich die Frage erlaube, wie es möglich sei, daß derartige Preise gestellt werden, müsse man die Antwort hören, daß der Dollar bereits über 1000 steht. Der allergrößte Teil dieser Lebensbedürfnisse habe mit dem Verschwinden der Reichsmark zum Dollar nicht das geringste zu tun, da es sich um einheimische Erzeugnisse handelt. Die notwendige Mehrleistung dieser unrentablen Metalle sei die neue, mit elementarer Gewalt einsetzende Lohnbewegung. Die Arbeiter ebenso wie die Lehrgestellten sehen sich vor einer Sturmflut bedroht, unter der sie rettungslos begraben werden müssen, wenn sie sich nicht im letzten Augenblick mit aller Kraft zur Wehr setzen. Ein Teil treibe den anderen, bis es schließlich nicht mehr weitergehe. Bei dieser verzweifelten Lage könne es für alle leitenden Kreise keine dringenderen Aufgabe geben, als sich die Worte des Reichskanzlers Wirth: Erst Brot zur Richtschnur zu nehmen. Was sonst an innerpolitischen Aufgaben sich durchzusetzen versucht, das muß zurücktreten hinter der obersten Forderung, erst einmal die Lebenshaltung des Volkes zu ermöglichen und sicherzustellen.

Der mehrheitssozialistische Vorwärts fordert bereits die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, die Pflichterfüllung von Kartoffeln, die Beschränkung der Schnapsbrennerei, die Eindämmung der Zunderverfälschung in den Eilern, Marken- und Schokoladenfabriken, ferner eine starke Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Aus weiter linksstehenden radikalen Kreisen werden noch schärfere Maßnahmen gefordert, Arbeiterkontrolle für Banken, Börsen, Lebensmittelhandel, Beschlagnahme der notwendigen Lebensmittel, Erfassung der Sachwerte usw. Mögen hier bei einzelnen Punkten politische Antriebe mehr mitspielen als direkte Sorge um die Volksernährung, so sieht man doch in der Presse aller anderen Schattierungen von rechts nach links die Unmöglichkeit gründlicher und baldiger Maßnahmen betont, soll die Gefahr nicht mehr gutzumachenden Unheils zurückgehalten werden.

Neue Verhandlungen.

Brabury kommt nach Berlin.

Die Reparationsfrage, die in London total festgefahren war, soll jetzt auf ein neues Gleis geschoben werden, da man nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris nicht vor- und rückwärts weiß. Die Reparationskommission hat aus leicht ersichtlichen Gründen noch keine Entscheidung in der Reparationsfrage gefällt. Man war sich darüber klar, daß eine Entscheidung durch Abschluß

keine Lösung der Frage bedeuten würde. Eine Ablehnung des Moratoriums hätte nicht genügt, um aus Deutschland die Mittel herauszuholen, die Frankreich benötigt. Andererseits hätte die Gewährung eines Moratoriums wahrscheinlich zu einer Sprengung der Reparationskommission und zum Austritt Frankreichs aus ihr geführt. Infolgedessen entschloß man sich, im Einverständnis mit der französischen Regierung den Weg direkter Verhandlungen mit der deutschen Regierung

durch Mitglieder der Reparationskommission zu beschreiten. Der zweite Vorsitzende der Reparationskommission, der vielgenannte Engländer Sir John Bradbury und ein französischer Vertreter der Kommission werden sich voraussichtlich schon in den nächsten Tagen nach Berlin begeben, um mit der deutschen Regierung die Möglichkeiten der Lösung der Reparationsfrage durchzusprechen. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, so wird wahrscheinlich auch die deutsche Regierung ihrerseits bereit sein, die direkten Verhandlungen mit den Mitgliedern der Reparationskommission aufzunehmen und ihnen alle Unterlagen für die Beurteilung der deutschen Finanzlage und der deutschen Zahlungsfähigkeit zu geben und mit ihnen nach dem besten Ausweg aus der prekären Situation zu suchen.

Die wirtschaftliche Situation

In bezug auf die Reparationsfrage ist ja seit der letzten Regelung im Mai vollkommen verändert. Die Anleihe, die durch das Mai-Abkommen zusammen mit dem Moratorium in Aussicht genommen war, ist nicht gewährt worden und auch das Moratorium, das von der Regierung kürzlich verlangt worden war, ist nicht bewilligt worden. Infolgedessen ist ein neuer katastrophaler Sturz der Mark eingetreten. Die einsetzende Teuerung hat neue Gehaltsforderungen der Beamten mit sich gebracht, und wenn die 100prozentige Erhöhung der Beamtengehälter durchgeführt wird, so bedeutet das allein einen Mehraufwand von 100 Milliarden Mark.

Allerlei Widersprüche.

Vorläufig ist die Ankunft von Ententevertretern noch nicht offiziell in Berlin angekündigt, ebensowenig liegt eine Einladung vor, einige Mitglieder der deutschen Regierung nach Paris zu senden. Auch die Frage, wo Frankreich hin wird, bleibt unklar. Einerseits drohen gewisse französische Blätter mit einem sofortigen Einmarsch, während von anderer Seite versichert wird, militärische Maßnahmen kämen keinesfalls in Frage. Viel diskutiert wird besonders die Frage einer direkten deutsch-französischen Verhandlung. Die linksstehende Pariser Presse, die allerdings wenig Einfluß besitzt, tritt warm für diesen Gedanken ein, aber auch die ganz rechts stehende „Libre Parole“ erklärt: Frankreich und Deutschland sind durch gemeinsame Interessen verbunden. Wir haben keinen Grund, ihr das zu tun, was wir uns selbst tun. Wir haben unsere Arbeit, und wir können die ganze Welt bekriegen, die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete und die Erhaltung des Bestandes der Bevölkerung. — Wenn das in Frankreich die herrschende Meinung wäre, würde man leichter einen Schritt weiter kommen als unter dem Säbelstachel Poincarés.

Hinausschiebung der Ausgleichszahlung.

30 Goldmillionen bis 15. September verlangt.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung von den am 15. August fälligen 40 Goldmillionen für die Ausgleichszahlungen nur den vierten Teil bezahlt und wegen des Restes um Aufschub nachgesucht. Nunmehr haben die Alliierten (entsprechend einem Londoner Gutachten der Sachverständigen) in einer gemeinsamen Antwort auf die deutsche Note vom 14. Juli mit dem Stundungsgebet mitgeteilt, daß die alliierten Regierungen die Zahlung von zwei Millionen Pfund, die am 15. August gefordert wurde, binnen vier Wochen von diesem Tage an fordern. Von diesem Tage an beabsichtigen sie das Abkommen vom 10. Juni 1921 zu kündigen und Schritte zu tun, um einzeln mit der deutschen Regierung Abmachungen über die Regelung aller Salden zu treffen. Diese Abmachung soll der Reparationskommission unterbreitet werden. Aus dieser Note ergibt sich, daß aus dem Gebiete der Ausgleichszahlungen weitere Barzahlungen von der deutschen Regierung bis Mitte September nicht gefordert werden. Das